Nr. 13 2. Ausgabe

Sonntag, 13. Januar 1918

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 6 97, Expedition Nr. 13 6 38, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Kolonelzeile (etwa 7 Worte) für Dresden und Vororte 30 Pf., für auswärts 40 Pf., Tabellen- oder Kunstsatz mit 50 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1.50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist ausgeschlossen. Ältere Dresdner und auswärtige Annoncenbüros sowie deutsche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1.50 Mk., vierteljährlich 4.50 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1.60 Mk., vierteljährlich 4.80 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Bestellung in Zweifelsfalle:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. 1.30 Mk. vierteljährl. 3.90 Mk.
„ B mit „Illust. Neueste" „ 1.60 „ „ 4.80 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. 1.15 Kr., vierteljährl. 3.45 Kr.
„ B mit „Illust. Neueste" „ 1.42 „ „ 4.26 „
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. 1.10 Mk. Einz.-Nummer 10 Pf.

# Neue Kriegsreden Pichons und Churchills

## Auch die Kosaken wollen den Frieden — Der amerikanische Kriegsminister über die Aufstellung der Armee — Italienische Stimmen gegen Wilsons Rede

### Die französische Kriegszielrede

× Paris, 12. Januar. (Agence Havas)

Die Kammer besprach gestern die Interpellation über die diplomatische Kriegführung. Marcel Cachin setzte auseinander, warum seine Freunde Pässe für Petersburg gefordert hätten. Er wünsche, daß die Regierung die Pässe nach Rußland nicht verweigere. Albert Thomas erklärte, die Regierung möge eine Erklärung über die Kriegsziele des Verbandes abgeben, um Deutschland in die Lage zu versetzen, auf die unwandelbaren Bedingungen der Gerechtigkeit zu antworten. Diese seien unabhängig von der Kriegskarte, die günstig genug sei, um diese Bedingungen ins Auge fassen zu können. Thomas bemerkte, daß die demokratischen Ideen in Deutschland Raum gewännen und ermahnte die Regierung, die Macht dieser Ideen nicht zu gering einzuschätzen. Darauf ergriff der Minister des Aeußern Pichon das Wort zu einer längeren Rede. Pichon führte u. a. aus:

„Die Verweigerung der Pässe für Petersburg ist keine grundsätzliche Frage. Aber bei der Frage der Ausstellung von Pässen handelt es sich darum, ob diese vorteilhaft ist. Außerdem ist dieses Verlangen in einer zu dunklen Stunde gestellt worden, als daß wir ihm Folge geben könnten. In der Tat wollten die französischen Sozialisten sich mit der maximalistischen Regierung und ihren Freunden einlassen. Nun, dieser Schritt war für uns voller Gefahren. Hätten wir ihn gültig gemacht, so hätten wir unsern Anteil der Verantwortung auf uns genommen. Wir sind fest entschlossen, diese Verantwortung nicht auf uns zu nehmen. Wir wollen in keiner Weise mit den maximalistischen Besprechungen verquickt werden, denn wir besitzen den Beweis, daß Deutschland uns hineinzuziehen versucht hat. An dem Tage, wo man unmittelbar mit Friedensvorschlägen an uns herantreten wird, werden wir sie in Uebereinstimmung mit unsern Bundesgenossen prüfen und beantworten. Von Verhandlungen über diese Angelegenheit mit der usurpatorischen Gewalt in Petersburg kann keine Rede sein. Wir sind gleichfalls

gegen jeden Gedanken einer internationalen Arbeiterkonferenz.

Dieser stellt die Tagesordnung der französischen Partei auf dem Kongreß der allgemeinen Arbeitervereinigung in Clermont-Ferrand dar. Danach bestätigt der Kongreß, daß die Arbeiterverbände das Recht haben, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen und eine solche im Bedarfsfalle herbeizuführen. Diese Konferenz würde noch gefährlicher sein als die Besprechungen mit den Maximalisten. Sie würde die öffentliche Meinung erschrecken und an die Stelle der Autorität der Regierung private Initiative setzen, ohne von dem Skandal solcher Versammlungen zu sprechen, wo die französischen Patrioten sich mit den Antistern treffen würden, der Antistier der Transkaisle, unter denen die Welt heute leidet. Eine Gruppe von Sozialisten der Kammer hat eine Kundgebung an die russischen Sozialisten gerichtet, der wir uns in vaterländischem Interesse nur anschließen können. Sie warnt sie vor einem Waffenstillstand und einem Sonderfrieden.

Trotzkij erwiderte

auf diese Kundgebung mit einem Briefe voller Beleidigungen gegen die hervorragendsten Mitglieder der französischen Sozialistenpartei Guesde, Sembat, Thomas, Vandervelde und gegen die geachteten Mitglieder der Kadettenpartei, die weder unsre Freunde sind und die beschimpft wurden als internationale Raubritter. Dieser Brief ist voller Verachtung und Geringschätzung für die Sozialisten von der Farbe Kerenskijs, die als Versöhnungssozialisten bezeichnet werden. Was die Intervention der sozialistischen Gruppe der französischen Kammer anbetrifft, so erklärte Trotzkij, daß die Gruppe völlig verantwortlich für ihre Erniedrigung sei. „Wir hoffen", schloß Trotzkij, „auf einen allgemeinen demokratischen Frieden. Wir werden ihn nur erhalten durch einen beharrlichen Ansturm des Arbeiterproletariats in allen Ländern gegen die nationale Bourgeoisie." Der Kurzfriede schließt die Möglichkeit eines solchen Kampfes aus und bindet dem Proletariat Hände und Füße im Dienste der Bourgeoisie. In einem andern Briefe, den Trotzkij in der Stunde schrieb, als er Frankreich verließ und der gerichtet ist an einen Mann, dessen unbeugsame Vaterlandsliebe ich hochschätze, nämlich Jules Guesde, sagte er, nachdem er die hervorragenden Mitglieder der französischen Sozialistenpartei beleidigt hatte: „Von Euch verabschiedet, verlasse ich Frankreich mit einem festen Glauben an unsern demnächstigen Triumph." Ich war betroffen durch die Stelle in der sozialistischen Erklärung, die am 31. Dezember verlesen worden ist, und in der man uns der Unklugheit bezichtigt gegen die Taktik unsrer Gegner. Auf meine Erklärung folgten diejenigen Lloyd Georges und Wilsons. Orlando und Balfours. Man will jetzt entgegenwirken. Aber sieht man darin, wofür wir kämpfen, einen Zwiespalt? Für einen gerechten und dauerhaften Frieden sind

drei Bedingungen

erforderlich: die heilige Art der Achtung vor Verträgen, eine Gebietsregelung, die sich auf das Recht der Völker, über sich zu verfügen, gründet und endlich Einschränkung der Rüstungen. Das ist unser Programm; das ist das Programm, das Lloyd George dargelegt hat. Was die Gesellschaft der Nationen betrifft, so kann der Sieg allein sie wirklich schaffen. Das hat Lloyd George erklärt, und das ist auch unser Programm. Auch Wilson bestätigte, daß zwischen den von den Alliierten aufgestellten Grundsätzen kein Unterschied bestehe. Wilson verlangte die Aufhebung der wirtschaftlichen Schranken, Räumung der russischen Gebietsteile, Räumung der unsrigen, Wiederherstellung Belgiens, Rumäniens und Serbiens und Wiedergutmachung des Frankreich im Jahre 1871 verursachten Schadens. Das war die Stelle in den Erklärungen des Präsidenten, die den stärksten Beifall fand. Alle Tribünen, die ganze Versammlung brach in Beifallskundgebungen aus. (Lebhafter Beifall.) Diese Erklärungen, die nach denen Lloyd Georges kamen, verleihen unsern Forderungen einen weltumfassenden Charakter. Was wir wollen, ist Friede und Gerechtigkeit, geheiligt durch die Wiederherstellung des im Jahre 1871 verletzten Rechtes, die höher steht als alle heuchlerischen Volksabstimmungen. Alle Erklärungen der Alliierten stimmen überein. Freilich sind sie nicht gleich in der Form, aber sie sind es in der Sache. Albert Thomas beschuldigte uns, wir hätten es an Initiative fehlen lassen. Er verkennt mich. Ich habe meine Rede vom 27. Dezember am folgenden Tage unsern Alliierten telegraphiert, um sie zu fragen, ob es nicht angemessen wäre, verabredete Erklärungen abzugeben. Die Frage wurde verneint. Unsre Alliierten waren einstimmig der Meinung, daß es vorzuziehen sei, aesonderte Erklärungen abzugeben. Das ist im Grunde keine Meinungsverschiedenheit." Auf die Aufforderung Moneis, die Antworten zu verlesen, erwiderte Pichon: „Ich weiß nicht, welcher Art die künftige Diplomatie sein wird. Ich lehne mit der gegenwärtigen Diplomatie und versichere, ich würde niemals darin einwilligen, unsre diplomatischen Verhandlungen der Oeffentlichkeit auszuliefern." (Lebhafter Beifall auf der Linken, im Zentrum und auf der Rechten.)

Die Kammer nahm nach dem berichtigten Ergebnis die Vertrauenstagesordnung mit 377 gegen 113 Stimmen an. Die Minderheit umfaßt 68 geeinigte Sozialisten, 23 sozialistische Radikale, drei sozialistische Republikaner und zwei Unabhängige.

*

Nach Lloyd George, Wilson und Balfour hat nun auch Frankreichs Minister des Aeußern gesprochen. Sie sagen der Reihe nach, wie Pichon selbst meint, dasselbe. Der Franzose macht natürlich Elsaß-Lothringen zur Hauptsache. Es bleibt nichts übrig, als immer zu wiederholen, daß an einen Frieden in der Tat nicht zu denken ist, solange Frankreich an der „elsäßischen Frage" festhält, die es für Deutschland nicht gibt. Es ist eine Art rednerischen Hochdrucks, den die feindlichen Staatsmänner auf die Welt auszuüben trachten, indem sie einer nach dem andern ihre Reden loslassen. Besonders in Rußland wollen sie Wirkung erzielen, um die Besprechungen des Sonderfriedens zu hören. Wenn es möglich wäre, durch effektvolle Reden zu siegen, wäre ja die Entente längst Sieger. Aber sie läßt es auf den weitern Waffengang im Westen ankommen, und so werden ihre Worte nichts entscheiden, sondern Taten sie hoffentlich eines Besseren belehren. Wenn es zu weiteren unerhörten Menschenopfern kommt, so tragen die Kriegstreiber der Entente allein die grauenvolle Schuld.

### Churchill drängt Amerika um Hilfe

× London, 12. Januar. (Reuter)

Der Munitionsminister Churchill sprach bei einem Frühstück in London, wobei der amerikanische Botschafter den Vorsitz führte, und sagte u. a.: „Die Militärpartei in Berlin hat noch immer die Hoffnung auf einen entscheidenden militärischen Sieg nicht aufgegeben. Wir haben unsre Kriegsziele klar und furchtlos bekanntgegeben. Das nächste ist, sie dem Feinde aufzuzwingen." Sich an die Vereinigten Staaten wendend, forderte der Redner diese auf, ihre unbegrenzten Kräfte durch Bau von Schiffen und Lieferung von Kriegsgerät einzusetzen. „Wir in Großbritannien", fuhr Churchill fort, „werden unserseits alles hinzugeben, was wir geben können. Wir müssen die Nationen beschneiden. Ich bin sicher, daß wir vollständig gewinnen können, wenn wir sämtliche uns zur Verfügung stehenden Hilfsquellen benutzen. Die deutschen Armeen, die durch die Niederlage Rußlands frei wurden, sind auf dem Wege nach dem Westen. Sturmwolken, die alles Bisherige überbieten, sammeln sich. Wir haben jedoch volles Vertrauen." Zum Schluß bat Redner die Vereinigten Staaten, jeden Mann eiligst zur Unterstützung der guten Sache zur Hilfe zu schicken, so daß die kriegsgeübten Veteranen Frankreichs, Englands und Italiens frische, abgehärtete und ständig wachsende Armeen der großen Republik an ihrer Seite finden mögen."

### Italienischer Größenwahn

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

sch. Lugano, 12. Januar

Wilsons Kriegszielpredigt verstimmt die Italiener. Die gesamte Presse erhebt Einwendungen besonders gegen eine Schonung Oesterreichs zum Nachteil Italiens. Sie verlangt, daß die nächste Pariser Konferenz alle Ententemächte neuerlich auf das gemeinsame Friedensprogramm verpflichte und Italiens Ansprüche nationaler, strategischer, maritimer und wirtschaftlicher Natur garantiere. Die römische „Epoca", das neue große Parteiblatt der parlamentarischen Union, schreibt unumwunden: „Italien muß außer seiner nationalen Vervollständigung sichere strategische Grenzen, außer Triest auch das künstlich slawisierte istrische Landgebiet, außer der Vorherrschaft in der Adria auch eine sichere Balkanstellung erhalten. Freilich bedarf jetzt der Londoner Vertrag mancher Einschränkung, aber Wilson hat das allzu voreilig den Feinden kundgetan."

„Corriere della Sera" schreibt zu der Botschaft Wilsons: „Während die Ausführungen Lloyd Georges wohl den Anfang einer Klärung in den gegenläufigen politischen Strömungen einleiten, wird die Botschaft Wilsons wahrscheinlich die entgegengesetzte Wirkung ausüben. Wilson hat sich hinsichtlich der italienischen Bestrebungen noch einschränkender ausgesprochen als Lloyd George, so daß man fast glauben möchte, die slawischen Ansprüche würden wahrscheinlich zum Schaden Italiens unterstützt."

### Sowjetkongreß statt Nationalversammlung?

(Privattelegramm)

+ Kopenhagen, 12. Januar

Nach einer Meldung des „Tjen" hat die Bolschewikiregierung beschlossen, überhaupt keine verfassunggebende Versammlung einzuberufen. Vielmehr soll der Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zum 21. Januar einberufen und ihm der Charakter eines nationalen Konvents verliehen werden. Trotzkij werde dem Nationalkonvent ein Exposé über die Friedensverhandlungen vorlegen.

*

### Auch die Kosaken wollen den Frieden

(Privattelegramm)

+ Stockholm, 12. Januar

Der Sonderkorrespondent des „Tjen" in Nowo Tscherkask berichtet seinem Blatte auf Grund einer Unterredung mit dem Chef der Militärregierung der donischen Provinzen, Kaledin, daß die ukrainischen Friedensunterhändler in Brest-Litowsk Vollmachten hätten, die donischen Militärregierungen bei den Friedensverhandlungen in Brest zu vertreten. Die Kosaken wünschten keineswegs den Krieg bis zur Verblutung der Kriegführenden fortzusetzen. Die Kosakenräte hätten sich durchweg für die Beendigung des Krieges ausgesprochen und wünschten dringend, daß die Verhandlungen in Brest zum Abschluß des Friedens führen möchten. Entrüstung habe bei den Kosaken erregt, daß die Bolschewiki-Regierung im Namen des ganzen Rußland in Brest-Litowsk verhandelt habe, obgleich sie keineswegs über die Gewalt in den von den Kosaken bewohnten Gebieten verfügt. Die ukrainischen Friedensbedingungen dagegen würden auch von den vereinigten Kosakenräten Rußlands unterschrieben. Komme eine Verständigung zwischen der Ukraine und den Mittelmächten zustande, dann würden die noch an der Front stehenden Kosaken in die Heimatgebiete zurückgezogen werden. Keineswegs würden sich die Kosaken dann herbeilassen, an der rumänischen Front Handlangerdienste zu leisten.

*

### Die feindlichen Arbeiterverbände wollen unterrichtet sein

(Privattelegramm)

+ Stockholm, 12. Januar

„Prawda", das amtliche Organ der Bolschewikiregierung, meldet, daß die englische Arbeiterpartei an den Rat der Volksbeauftragten das Ersuchen richtete, trotz der ablehnenden Haltung der britischen Regierung gegen die Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk die Grundlage der etwa zustande kommenden Verständigung zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und den Mittelmächten der englischen Arbeiterpartei mitzuteilen und die Vorstände der englischen, französischen, italienischen und amerikanischen Arbeiterorganisationen über den Fortgang der Verhandlungen auf dem laufenden zu erhalten.

### Hindenburg und Ludendorff wieder in Berlin

× Berlin, 12. Januar. (Amtlich)

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sind heute vormittag in Berlin eingetroffen.

### Die Besteuerung der Teuerungszulagen

In beiden Kammern des Sächsischen Landtags haben die Abgeordneten und die Regierung über die Frage verhandelt, ob die durch Lebensmittelmangel und andre Kriegsnöte bedingten Teuerungszulagen der Beamten, Arbeiter und privaten Angestellten von der Einkommensteuer zu erfassen sind. Dabei herrschte in beiden Häusern und ohne Unterschied der Parteien Einigkeit darüber, daß nicht die Einschätzungskommissionen über eine so wichtige Frage entscheiden oder gar — was ja unvermeidlich wäre — je nach den Anschauungen, die da oder dort vorherrschen, verschiedene Entscheidungen fällen dürfen. Das preußische Kammergericht hatte bereits entschieden, daß Teuerungszulagen für Beamte als steuerfrei zu gelten hätten, soweit sie vorübergehend, also nicht als eine dauernd zugesicherte Besoldungserhöhung gewährt sind. Dieser Anschauung ist dort und in andern Bundesstaaten der Gesetzgeber gefolgt. Die Zulagen an Reichsbeamte sind ausdrücklich mit Teuerungs- und den besonderen Kriegsverhältnissen begründet und widerruflich gewährt worden. Indem man der Logik des Kammergerichts folgte, hat man sich in den Finanzverwaltungen der andern Bundesstaaten auf den Standpunkt gestellt, daß die Teuerungszulagen weder eine regelmäßige noch eine dauernde Einkommenserhöhung darstellen. Der Finanzjurist hat die Gründe für den gerechten Sinn und die Bewährung einer gesunden Steuermoral ohne Schwierigkeit gefunden. Schließlich gewährt der Staat seinen Beamten nicht Hilfe in der Not, um einen Teil dieses Hilfswerkes wieder illusorisch zu machen, indem er es für sich in Anspruch nimmt. Dem nicht von steuerjuristischer Denktechnik zu unterdrückenden Rechtsgefühl wird man's nie und nimmer einzuwalzen vermögen, daß es gerecht sei, einem, der an Atemnot leidet, die Sauerstoffpumpe nahezurücken und ihm — „zwischen Lipp' und Kelchesrand" — ein nicht unbeträchtlich Teil wieder wegzusaugen. Was aber den Staatsbeamten recht ist, muß den Privatbeamten und Lohnarbeitern billig sein. Auch der Privatunternehmer will, daß die Teuerungszulagen ohne Abzug die Lebenshaltung der Arbeitnehmer erträglicher machen. Sie sind allein für das Loch im Magen, nicht für das (gewiß nicht abzulegende) im Staatssäckel oder Stadtsäckel bestimmt.

In der Ersten Kammer hat Oberbürgermeister Blüher die Meinung vertreten, daß die Teuerungszulagen nicht mehr allenthalben noch der Bedürftigkeit abgestuft seien und sich bereits als eine beginnende Besoldungsreform charakterisierten. Sie würden über den Krieg hinaus, sei es auch nur zum Teil, fortdauern. Gegen diese Feststellung ist gar nichts einzuwenden, nur gegen die Folgerung daraus. Wenn die Teuerungszulagen über die Dauer des Krieges hinaus weitergewährt werden, so wird das doch nur geschehen, wenn auch die Teuerung andauert. Und daß die Teuerung nicht mit dem Friedensschluß automatisch aufhört, ist sicher. Solange also hier Ursache und Wirkung gleichermaßen deutlich die Zulage als außerordentlich und nur zur Linderung der Folgen der Teuerung bestimmt erkennen lassen, kann sie — wie das ja auch der Gesetzgeber in den andern Bundesstaaten gefolgert und bestimmt hat — gerechterweise nicht von der Einkommensteuer erfaßt werden. Im übrigen hat der Dresdner Oberbürgermeister die Notwendigkeit einer einheitlichen, gesetzlichen Lösung dieser Frage in den Vordergrund gestellt. Die Einheitlichkeit möchten wir aber doch in etwas weiterem Sinne aufgefaßt wissen. Wir glauben, daß es auch bei der Besteuerung oder Nichtbesteuerung der Hilfe in der Not keine verschiedenartigen Vaterländer geben soll in Deutschland.

Jetzt haben die Reichspostbeamten des Ober-Postdirektionsbezirks Dresden eine Eingabe an die Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer der ordentlichen Ständeversammlung gerichtet, der wir die folgenden Sätze entnehmen:

„Die Reden des Herrn Oberbürgermeisters Blüher sowie des Herrn Finanzministers Exzellenz v. Seydewitz in der Ersten Kammer am 8. Dezember betreffend Einbringung einer Gesetzesvorlage zur Besteuerung der Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen, haben unter den Reichs-, Post- und Telegraphenbeamten lebhafte Beunruhigung hervorgerufen und veranlassen uns, Ew. Hochwohlgeboren zu bitten, Ihre Zustimmung einer Gesetzesvorlage zu versagen, die uns Beamte bei der ohnehin schon maßlosen Teuerung finanziell sehr schwer treffen würde.

Die Besteuerung der Teuerungszulagen läßt sich vor allen Dingen vom rechtlichen Standpunkt aus nicht vertreten, denn sie sind keine Gratifikationen im Sinne des § 15 der Verordnung über die Ausführung des Einkommensteuergesetzes vom 23. Juli 1900 (G.- u.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1918011302/1